



EMILIE LIEBERHERR

«WIR FORDERN ALLE BÜRGER UNSERES LANDES
AUF, ZU BEDENKEN, DASS UNSERE DEMOKRATIE
OHNE DIE MITWIRKUNG DER FRAUEN UNVOLL-
KOMMEN UND EINSEITIG IST UND DASS ECHTE
HUMANITÄT AUCH IM STAAT DIE PARTNER-
SCHAFT VON MANN UND FRAU VORAUSSETZT.»

Emilie Lieberherr (geb. 14. Oktober 1924) war schon als Kind politisch interessiert. Politik bedeutete für sie „das Leben der Menschen in unserer Gesellschaft zu verbessern, ganz besonders das Los der Benachteiligten«. Sie setzte sich denn auch insbesondere für Frauen, Junge, Alte und sozial ausgegrenzte Menschen ein.

Lieberherr fand Ende der 1960er Jahre erstmals politische Beachtung. Sie war eine Verfechterin der Gleichstellung von Mann und Frau und setzte sich für das Frauenstimmrecht in der Schweiz ein. 1969 stellte sie sich als Präsidentin des „Aktionskomitees für den Marsch auf Bern“ zur Verfügung, bei dem am 1. März 1969 rund 5000 Schweizer Bürgerinnen sowie auch einige Bürger mit einer Protestaktion in Bern auf den unhaltbaren Zustand der Frauen und die mangelnde Gleichberechtigung in der Schweiz hinwiesen. Zudem war Lieberherr eine Vorkämpferin des Konsumentenschutzes in der Schweiz. Sie gründeten denn auch das Konsumentinnenforum der Deutschen Schweiz und präsidierte dieses während mehreren Jahren.

Lieberherr trat der Sozialdemokratischen Partei (SP) bei und war von 1970 bis 1994 als erste Frau Stadträtin der Stadt Zürich und Vorsteherin des Zürcher Sozialamts. Neben ihrem Einsatz für die Rechte der Frau prägte Lieberherr die Alters- und Drogenpolitik Zürichs und der Schweiz. Lieberherr vertrat von 1978 bis 1983 auch als Ständerätin den Kanton Zürich im eidgenössischen Parlament. Von 1976 bis 1980 war Lieberherr schliesslich die erste Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Lieberherr lebte bis zu ihrem Tod am 3. Januar 2011 mit ihrer langjährigen Lebenspartnerin.

Ansprache von Emilie Lieberherr, 1. März 1969, Bundesplatz, Bern

BEGRÜSSUNG

(in Dialekt gesprochen)

Frauen und Männer, wir begrüssen euch zur heutigen Demonstration auf dem Bundesplatz in Bern. Ich danke allen Männern, die sich heute mit uns solidarisch erklären. Den Frauen danke ich für den Mut, öffentlich für ihre Rechte einzutreten und damit zu zeigen, wie erst ihr Interesse an dieser Sache ist. Zwei Gründe haben uns veranlasst, nach Bern zu kommen:

1. Unser jahrzehntelanges Warten auf die Gleichberechtigung, auf das Recht, die Gesetze, denen wir uns alle unterziehen müssen, mitgestalten zu können.

2. Unmittelbarer Anlass war die Nachricht, dass der Bundesrat dem Parlament empfiehlt, die Menschenrechtskonvention mit Vorbehalten zu unterzeichnen. Zwei dieser Vorbehalte betreffen die Frauen, nämlich das Wahlrecht und das Recht auf gleiche Ausbildung für Mädchen und Knaben.

Diese Nachricht hat unsere gut eidgenössische Geduld aufs höchste strapaziert. Sie ist ein Schlag ins Gesicht der Frauen und hat unser Vertrauen in den Bundesrat erschüttert. Wir stehen hier nicht als Bittende, sondern als Fordernde.

Wir fordern alle Bürger unseres Landes auf zu bedenken, dass unsere Demokratie ohne die Mitwirkung der Frauen unvollkommen und einseitig ist und dass echte Humanität auch im Staat die Partnerschaft von Mann und Frau voraussetzt.

Wir fordern das Parlament auf, die Menschenrechtskonvention erst dann zu unterschreiben, wenn keine Vorbehalte mehr gemacht werden müssen, damit die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts nicht um weitere Jahrzehnte hinaus verzögert wird.

Wir verlangen sofortige Schritte, damit in unserem Land auch die Frauen in den Genuss der Menschenrechte gelangen.

Chers amis de la Suisse Romande, nous vous saluons et vous remercions de votre solidarité dans notre lutte contre la discrimination de la femme suisse. Je tiens à vous féliciter du courage dont vous avez fait preuve par votre présence ici.

Cari amici della Svizzera Italiana. Vi salutiamo e vi ringraziamo della vostra solidarietà [sic!] nella nostra lotta contro la discriminazione della donna svizzera. Mi congratulo con voi del coraggio che dimostrate con la vostra presenza.

RESOLUTION

(auf Hochdeutsch gesprochen)

Wir Schweizerinnen hier auf dem Bundesplatz fordern das volle Stimm- und Wahlrecht auf eidgenössischer und kantonaler Ebene. Die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarates darf erst dann unterzeichnet werden, wenn dieser Vorbehalt nicht mehr nötig ist. Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte. Sämtliche vorgeschlagenen Vorbehalte stellen die Glaubwürdigkeit unseres Landes als Rechtsstaat und Demokratie in Frage. Wir fordern deshalb alle gutgesinnten Politiker und Bürger auf, das Frauenstimmrecht im Bund, den Kantonen und allen Gemeinden so rasch als möglich zu verwirklichen.

LOSUNGEN

(im Wechsel mit dem Publikum skandierend)

Zäme hänke, zäme dänke, zäme länke!

Mänscherächt für beidi Gschlächt!

Händ Vertraue zu de Fraue!

Frauerächt – Menscherächt!

Stüre zahle – aber au a d'Wahle!

Mir stönd, trotz allne schöne Phrase, im Recht no i dr Entwickligsphase

Es macht si himmeltruurig schlächt, Diensch go leischte ohni Recht.

Bundesrat – uf zur Tat!

Quelle: Felix Münger, Reden, die Geschichte schrieben, Baden 2014, S. 175 ff.

Auszüge aus einem Interview von Erika Mägli und Sandra Tinner mit Emilie Lieberherr aus dem Jahr 2008

Es war für mich klar, dass ich mich für die Frauen einsetzen würde. Schon als kleines Kind im Kanton Uri schwang ich Reden für das Frauenstimmrecht. Ich ging im Kanton Uri von der ersten Primarklasse bis Ende Sekundarschule zu Menzinger Schwestern in die Schule, das waren reine Mädchenklassen. Schlimm fand ich damals, dass alle diese Mädchen eigentlich gar keine Gelegenheit hatten, einen Beruf zu ergreifen. Mein Vater hingegen sagte immer, „alle Kinder müssen einen Beruf erlernen, egal welchen, ohne Unterschied zwischen Mädchen und Buben“. Von den 42 Mädchen, die mit mir in der ersten Primarklasse waren, haben etwa sieben eine Berufslehre gemacht. Alle anderen gingen in ein Restaurant oder in einen Haushalt arbeiten.

Ich sagte auch schon als kleines Mädchen, dass ich Juristin werden wolle und für die Frauen weibeln gehe, wenn sie vor Gericht gehen müssen. Ich wollte also Frauen vertreten vor Gericht. Es kam dann aber nicht so weit. Ich wollte in Bern an die Universität. Mit meiner kantonalen Wirtschaftsmatura war ich zwar im juristischen Bereich, ich hätte aber nicht Rechtsanwältin werden können. Ich schrieb Feldmann, dem damaligen Berner Erziehungsdirektor, einen Brief. Dies, weil ich kurz zuvor erfahren hatte, dass diejenigen, die in Schwyz die kantonale Wirtschaftsmatura gemacht hatten, von der Uni angenommen würden. Dieser freche Feldmann liess mich dann kommen und sagte mir doch, man könne die Frauenschule von Ingenbohl nicht mit der Männerschule in Schwyz vergleichen!

Viel später schlug ich Arthur Bachmann, SP-Regierungsrat aus Winterthur, vor, das Stimm- und Wahlrecht für die Frauen erst einmal auf kommunaler Ebene einzuführen, um so den Weg für das eidgenössische Frauenstimm- und Wahlrecht zu ebnen. In Neuenburg, Waadt und Genf gab es dies ja schon. Die Vorlage sollte also für den Kanton Zürich nur lauten: „Man kann eine kommunale Stimm- und Wahlrechtsvorlage bringen.“ Politik der kleinen Schritte. Das wurde dann angenommen. Und die Stadt Zürich war die erste Gemeinde, die sofort eine solche Vorlage brachte. Wir hatten ja diesen Marsch auf Bern gemacht und den Männern dort auf dem Bundesplatz ein bisschen eingeheizt. Es hatte dort ja überall so viele Leute, schon am Bahnhof. Der Kampf fürs Frauenstimmrecht hatte auch schon seit 1886 gedauert.

Quelle: François G. Baer, Nicolas Behrens, Monika Spring, Sandra Tinner und Yves Baer – Denken Reden Handeln: über 100 Jahre Sozialdemokratie in Höngg und Wipkingen und 75 Jahre Sozialdemokratische Partei Zürich 10, redbox (2008), S. 176 ff.